



Einkommensrunde 2020:

Für 100.000 Betroffene im Norden soll ein Plus her

25.08.2020

Die Forderungen zur Einkommensrunde 2020 wurden heute auch mit den Stimmen des dbb Schleswig-Holstein beschlossen. Dieser ist in der dbb Bundestarifkommission vertreten, denn in Schleswig-Holstein gibt es etwa 100.000 Betroffene, insbesondere die Tarifbeschäftigten bei Kommunen und beim Bund sowie mittelbar die Beamtinnen und Beamten im Bundesdienst.

dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp, der auch Mitglied der Verhandlungskommission in Potsdam sein wird, betont, dass ein Verzicht auch angesichts der Corona-Pandemie ein völlig falsches Signal wäre.

Es ist zwar richtig, dass die Arbeitsplätze und Einkommen im öffentlichen Dienst vergleichsweise sicher sind. Aber die Arbeits- und Einkommensbedingungen haben sich in den Boom-Jahren nicht so gut entwickelt, wie in weiten Teilen der Privatwirtschaft. Deshalb muss jetzt, wo die Systemrelevanz des öffentlichen Dienstes besonders deutlich geworden ist, für eine dauerhafte Konkurrenzfähigkeit gesorgt werden. Die muss auch dann halten, wenn die Wirtschaft wieder wächst und Fachkräfte vom Markt gesaugt werden.

Weiterhin darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Aufgaben und die Arbeitsbelastung im öffentlichen Dienst nicht gesunken sind. Im Gegenteil: Die Corona-Regeln sowie die sozialen und wirtschaftlichen Hilfen müssen on top bewältigt werden. Und das geschieht angesichts des ohnehin bestehenden Personalmangels mit einer beeindruckenden Professionalität - die darf jetzt nicht aufs Spiel gesetzt werden!

Es ist bedauerlich, dass die Arbeitgeber sich im Vorwege nicht auf das gewerkschaftliche Kompromissangebot einer Einmalzahlung als Übergangslösung eingelassen haben. Wir hoffen, dass die Arbeitgeber jetzt wenigstens so vernünftig sind und keine Streiks provozieren. Das wäre das letzte, was die Bürger momentan gebrauchen können. Sie wären aber durchaus machbar: Denn ein Streik ist durch die Niederlegung der Arbeit, aber nicht zwingend durch Massenveranstaltungen gekennzeichnet.

Die Kernforderungen sind eine Entgeltanpassung um 4,8 Prozent (mindestens aber 150 Euro) bei einer Laufzeit von 12 Monaten, eine Verlängerung und Optimierung der Altersteizeit sowie für Auszubildende eine Entgeltanpassung um 100 Euro und die Verlängerung der Übernahmeregulung.

dbb Info – Dienst